

Herausgeber
Österreichischer Integrationsfonds

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT

DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION

von Wähler/innen mit Migrationshintergrund

Peter Filzmaier
Flooh Perlot

März 2018

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT
DEMOKRATISCHE
PARTIZIPATION

von Wähler/innen mit Migrationshintergrund

Peter Filzmaier
Flooh Perlot

März 2018

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT

DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION

von Wähler/innen mit Migrationshintergrund

Peter Filzmaier
Flooh Perlot

März 2018

© Österreichischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF)/Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Tel.: +43(0)1/710 12 03-0, mail@integrationsfonds.at; **Verlags- und Herstellungsort:** Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; **Korrektorat:** Mag. Michaela Kapusta – Lettera Lektorat; **Druck:** TRISYS smart procurement, www.trisys.eu; **grundlegende Richtung:** wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration; **Offenlegung gem. § 25 MedienG:** Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen.

Weder der Österreichische Integrationsfonds noch andere an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche, insbesondere politische, Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Hinkunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

INHALTSVERZEICHNIS

6	1. Einleitung
7	2. Methode
10	3. Ergebnisse
11	3.1 Wahlerfahrungen
12	3.2 Interesse an Politik, Gesprächspartner/innen
12	3.3 Entwicklung Österreichs und Funktionieren der heimischen Demokratie
13	3.4 Aussagen zu Politik und Demokratie
15	3.5 Wahlteilnahme
16	3.6 Themen
17	4. Vergleiche mit früheren Studien
17	4.1 Wahlerfahrung und bisherige Wahlteilnahme
22	4.2 Interesse an Politik und Demokratiezufriedenheit
23	4.3 Aussagen zu Politik und Demokratie
25	5. Zusammenfassende Analyse
25	5.1 Einstellungen zu Demokratie und Politik in Österreich
30	5.2 Wahlbeteiligung
33	6. Fazit
34	Quellen

1

Einleitung

Von den rund 1,9 Millionen Menschen (Jahresdurchschnitt 2016; Statistik Austria 2018), die in Österreich leben und Migrationshintergrund¹ haben, erfüllen nur vergleichsweise wenige die Voraussetzungen dafür, an Nationalratswahlen teilnehmen zu dürfen. Zwar sind rund 80 Prozent über 16 Jahre alt und haben damit das aktive Wahlalter erreicht, von diesen haben allerdings nur rund 40 Prozent die österreichische Staatsbürgerschaft. In absoluten Zahlen sind dies in etwa 300.000 Menschen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, an denen auch Bürger/innen aus Mitgliedsstaaten der EU nach einer entsprechenden Eintragung in die Wähler evidenz teilnehmen können, liegt die Zahl nur unwesentlich höher. 2014 nahmen rund 30.000 Personen dieses Recht in Anspruch.

Diese wahlberechtigten Österreicher/innen mit Migrationshintergrund waren die Zielgruppe von mittlerweile drei Studien, die die Plattform Politische Kommunikation der Donau-Universität Krems im Rahmen des internationalen und interdisziplinären Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL) und in Kooperation mit dem Österreichischen Integrationsfonds durchgeführt hat. Neben Erhebungen zur Nationalratswahl 2013 und zur EU-Wahl 2014 beschäftigte sich zuletzt im Herbst 2017 das Projekt *„Partizipationsverhalten, Motivlagen und Themenschwerpunkte von Wähler/innen mit Migrationshintergrund bei der Nationalratswahl 2017“* mit dieser Bevölkerungsgruppe.

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse dieser jüngsten Studie zusammen und verbindet sie darüber hinaus mit den Daten der beiden Vorprojekte, um vergleichende Aussagen zu den Bereichen Interesse an Politik, Demokratiezufriedenheit und Wahlteilnahme zu treffen.

¹ Der Status Migrationshintergrund bezieht sich auf zwei Gruppen: 1. Generation, d. h. Personen, die selbst im Ausland geboren wurden; 2. Generation, d. h. Personen, die in Österreich, deren Vater und Mutter jedoch im Ausland geboren wurden.

2

Methode

Die Datenerhebung 2017 erfolgte analog zu den Vorprojekten durch eine Kombination von Online-Interviews (*computer assisted web interviews/CAWI*) und persönlichen Gesprächen (*computer assisted personal interviews/CAPI*). Im ersten Fall wurden Zielpersonen mittels Quotenplan aus dem bestehenden Panel ermittelt und befragt², im zweiten Fall von einem Interviewer/einer Interviewerin persönlich aufgesucht. Insgesamt führten 33 Interviewer/innen die Gespräche, die Anzahl der Interviews pro Person schwankte zwischen einem und 39 Interviews.

Bei beiden Zugängen füllten die Befragungspersonen den Fragebogen an einem Computer aus. Dieser lag auf Deutsch, Türkisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch vor, die Interviewer/innen für die persönliche Befragung hatten selbst Migrationshintergrund und waren mehrsprachig.

Betrag 2013 und 2014 das Verhältnis von Online-Interviews und persönlich Befragten noch 60:40, so war diesmal der CAPI-Anteil höher und das Verhältnis 50:50. Diese Änderung hat sich durch Erfahrungen hinsichtlich des Rücklaufs bei reinen Online-Erhebungen in den vergangenen Jahren ergeben.

Mit 1.039 geführten Interviews konnte die angestrebte Stichprobengröße von n=1.000 erfüllt werden. Die Zusammensetzung nach Migrationshintergrund (Herkunftsland) orientierte sich bei der Definition der zu berücksichtigenden Einzelgruppen an der Grundgesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung mit Migrationshintergrund, die tatsächliche Größe wurde jedoch auch mit Blick auf eine differenzierte Auswertung und die dafür notwendige Fallzahl festgelegt (siehe Tab. 1).

TABELLE 1: STICHPROBE 2017 NACH HERKUNFTSLÄNDERN

	angestrebte Zielgröße	befragte Personen	in Prozent
Bosnien, Kroatien, Serbien	280	249	24
EU 04/07	200	244	23
Deutschland	130	128	12
Türkei	130	179	17
Industrienationen*	260	67	6
Drittstaaten		172	17

* u. a. sonstige EU-Staaten, Norwegen, Nordamerika/Kanada, Japan und Südkorea

² Das Panel stammt wie bei den vorangegangenen Studien von der Firma Ethnopinion, die auch die Feldarbeit durchgeführt hat.

Der Fragebogen selbst bestand aus geschlossenen Fragen zu grundlegenden politischen Einstellungen, zur früheren Wahlteilnahme in Österreich bzw. im Herkunftsland sowie zu Einstellungen zum politischen System in Österreich.

Die Feldzeit dauerte von 14. September bis zum Wahltag am 15. Oktober 2017, insbesondere die persönlichen Interviews machten eine vergleichsweise lange Feldzeit notwendig. Das bedeutet gleichzeitig, dass alle Fragen hinsichtlich des Verhaltens bei der Nationalratswahl selbst (Wahlteilnahme) nur als Momentaufnahme während des Wahlkampfes und nicht als Prognose oder – rückblickend – als Abbild des tatsächlichen Verhaltens interpretiert werden können.

Basis für den Quotenplan der Stichprobe war der Mikrozensus 2016 der Statistik Austria (Statistik Austria 2017), wobei die ungewichtete Stichprobe die Grundgesamtheit unterschiedlich gut abbildet: Die Verteilung nach dem Geschlecht entspricht dem tatsächlichen Verhältnis,

allerdings enthält die Stichprobe mehr jüngere Personen (unter 34 Jahren) und weniger Personen über 65 Jahre. Der Anteil der Pflichtschul-Absolvent/innen ist zu niedrig, dafür wurden mehr Personen mit formal höherer Bildung – Matura oder akademischem Abschluss – befragt.

Um den Abweichungen zu begegnen, wurde die Stichprobe gewichtet. Eine vollständige Anpassung ist dabei jedoch weder möglich noch sinnvoll. Eine besondere Schwierigkeit im konkreten Fall war, dass die soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe nach dem jeweiligen Migrationshintergrund betrachtet werden muss. Damit entstehen schnell sehr kleine Untergruppen, die nicht mehr sinnvoll gewichtet werden können.

Die Gewichtung erfolgte schließlich anhand der Kriterien Geschlecht, Alter, Bildung (keine Matura, Matura oder höherer Abschluss) und Bundesland (Wien und nicht Wien). Die Stichprobe ist auch nach der Gewichtung etwas jünger und formal höher gebildet als die Grundgesamtheit. Dies ist bei der Interpretation zu berücksichtigen.

TABELLE 2: VERGLEICH STICHPROBE 2017 UND GRUNDGESAMTHEIT

	Stichprobe		Grundgesamtheit*
	absolut (ungewichtet)	in Prozent (gewichtet)	in Prozent
Männer	465	45	46
Frauen	574	55	54
15 bis 24 Jahre**	198	16	15
25 bis 34 Jahre	304	21	14
35 bis 44 Jahre	193	18	17
45 bis 54 Jahre	175	22	19
55 bis 64 Jahre	110	16	14
65 Jahre und älter	59	8	20
keine Matura	430	60	70
Matura und höher	609	40	30
erwerbstätig	609	59	48
arbeitslos	67	7	10
in Pension	99	14	25

* laut Mikrozensus 2016 der Statistik Austria **Stichprobe erst ab 16 Jahren als Voraussetzung für die Wahlteilnahme
Abweichungen von der Gesamtfallzahl bzw. von 100 Prozent=keine Angabe und Rundungsfehler

Regional betrachtet wohnte der Großteil der Befragten in Wien (rund 56 Prozent, ungewichtet), der Rest teilte sich auf die übrigen Bundesländer auf, mit Schwerpunkten in Oberösterreich (12 Prozent), Niederösterreich (9 Prozent) und Tirol (8 Prozent). Rund 60 Prozent gehörten der ersten Generation an, wurden also im Ausland geboren, rund 40 Prozent sind bereits in Österreich auf die Welt gekommen.

3

Ergebnisse

Vorab lässt sich sagen, dass generell ältere Personen und formal höher Gebildete (definiert über Matura oder Universitäts-/FH-Abschluss) mehr Interesse an Politik und Wahlen zeigen. Nach Herkunftsländern bzw. Hintergrund finden sich Deutschland und die BKS-Staaten an den unterschiedlichen Enden der Skala: Personen mit deutschem Hintergrund sind mehr an Politik und Wahlen interessiert und nehmen nach eigenen Angaben häufiger daran teil, Befragte mit BKS-Hintergrund stehen dem Thema generell

distanzierter gegenüber. Personen mit türkischem Hintergrund sowie jene aus den 2004/2007 beigetretenen EU-Mitgliedsstaaten³ liegen meist zwischen diesen Werten.

Persönliche Soziodemografie und Herkunftsvariable überschneiden sich dabei: Befragte aus Deutschland sind im Schnitt älter als andere Personen, der formale Bildungsgrad ist hingegen – mit Ausnahme der Sammelkategorie EU 04/07-Staaten – ähnlich verteilt (siehe Tab. 3).

TABELLE 3: HINTERGRUND UND SOZIODEMOGRAFIE

	Türkei	BKS	EU 04/07	Deutschland
16–29	33	28	25	7
30–44	32	29	24	24
45–59	27	32	33	38
60 Jahre und älter	9	11	19	31
keine Matura	70	69	48	69
Matura und höher	30	31	52	31

Es werden nur jene vier Hauptgruppen dargestellt, die in der Auswertung gesondert betrachtet werden; Angaben in Prozent.

³ Im Folgenden wird vereinfachend von EU 04/07-Staaten gesprochen, gemeint sind damit jene Länder, die 2004 bzw. 2007 der Europäischen Union beigetreten sind.

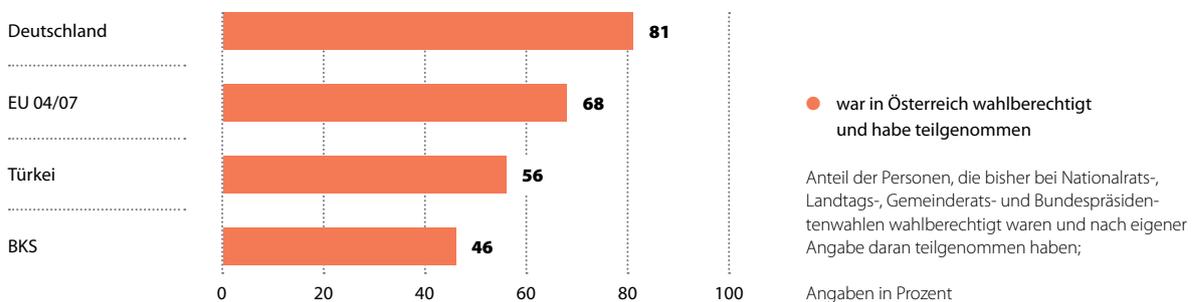
3.1 Wahlerfahrungen

Vier von fünf Befragten waren nach eigenen Angaben in der Vergangenheit bei Nationalratswahlen bereits wahlberechtigt und haben auch an diesen Wahlen teilgenommen. Die Werte bei Landtags- und Gemeinderatswahlen liegen mit knapp 70 Prozent, bei EU-Wahlen mit rund 60 Prozent niedriger, bei Bundespräsidentenwahlen hingegen ähnlich hoch.

Die selbstdeklarierte Wahlteilnahme ist absolut betrachtet schwer einzuordnen, da mit einer Überdeklaration aufgrund sozialer Erwünschtheit zu rechnen ist. Aussagekräftiger ist daher der Vergleich von einzelnen Gruppen untereinander: Hier zeigt sich eine häufigere Wahlteil-

nahme bei älteren Personen (was zum Teil auch mit dem notwendigen Wahlalter erklärt werden kann). Das gilt ebenso für Personen aus Deutschland, die öfter angeben, an Wahlen teilgenommen zu haben, und gleichzeitig die im Durchschnitt älteste Teilgruppe stellen. Befragte aus BKS-Ländern sind demgegenüber jene Gruppe, die nach eigenen Angaben vergleichsweise selten an Wahlen teilnimmt. Fasst man die bisherige Wahlteilnahme von Nationalrats-, Landtags-, Gemeinderats- und Bundespräsidentenwahlen in einer Variable zusammen, dann sagen rund 80 Prozent der Personen mit deutschem Hintergrund, an diesen Wahlen in der Vergangenheit teilgenommen zu haben, Personen mit BKS-Hintergrund sagen dies nur zu rund 46 Prozent (siehe Abb. 1).

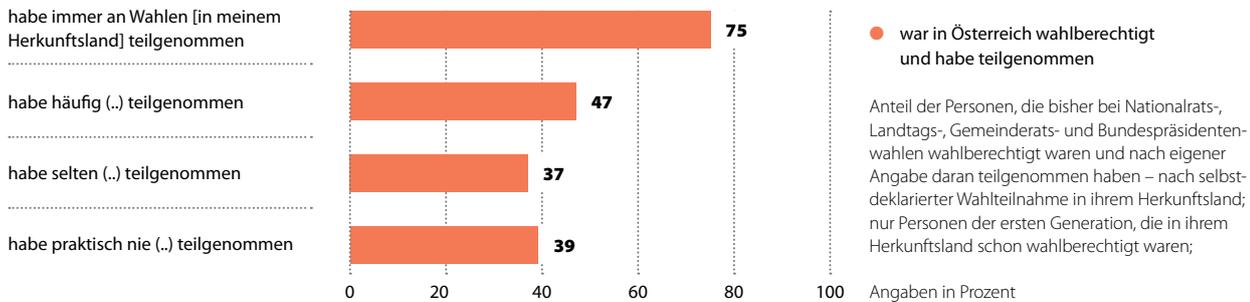
ABBILDUNG 1: WAHLERFAHRUNGEN IN ÖSTERREICH NACH HERKUNFTSLÄNDERN



Verglichen mit den früheren Erhebungen fällt auf, dass generell der Anteil jener, die nach eigenen Angaben bereits an Wahlen teilgenommen haben, etwas höher ist als 2013 und 2014. Bei der Bundespräsidentenwahl lässt sich der Anstieg am deutlichsten erkennen (plus 15/17 Prozentpunkte gegenüber 2013/2014), was sich mit der 2016 deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung und den Ereignissen rund um die Wahl erklären lässt. Ähnliches gilt für die Nationalratswahl 2017, bei der die generelle Wahlbeteiligung ebenfalls gestiegen ist (80 Prozent gegenüber 74,9 Prozent 2013; siehe Punkt 4.1).

Knapp die Hälfte jener Befragten, die nach Österreich zugewandert sind, war bereits in ihrem Herkunftsland wahlberechtigt. Davon haben rund 70 Prozent immer oder zumindest häufig an Wahlen teilgenommen, wobei ein Zusammenhang zwischen dem (früheren) Verhalten und der Wahlbeteiligung in Österreich besteht: Personen, die angeben, in ihrer Heimat immer wählen gegangen zu sein, behalten dieses Verhalten in Österreich (nach eigener Aussage) eher bei, während jene, die bereits in ihrem Herkunftsland nicht an Wahlen teilgenommen haben, auch hierzulande seltener partizipieren.

ABBILDUNG 2: WAHLTEILNAHME IM HERKUNFTSLAND UND WAHLTEILNAHME IN ÖSTERREICH



3.2 Interesse an Politik, Gesprächspartner/innen

An Politik in Österreich zeigen sich ein Viertel sehr und weitere rund 50 Prozent eher interessiert. Diese Werte sind gegenüber 2013 und 2014 weitgehend konstant. Männer und ältere Personen bezeichnen sich selbst als interessierter, tendenziell gilt das auch für formal höher Gebildete. Analog zur Wahlteilnahme äußern Befragte aus Deutschland ein höheres, jene aus BKS-Staaten ein niedrigeres Interesse an Politik. Befragte aus der Türkei liegen in ihrem Interesse zwischen diesen Gruppen. Praktisch keinen Unterschied gibt es zwischen Angehörigen der ersten und zweiten Generation.

Personen, die zumindest etwas Interesse an der heimischen Politik angeben, sprechen hauptsächlich mit engen Familienmitgliedern oder mit Freund/innen über das Thema. Rund 40 Prozent diskutieren häufig mit dem/der Partner/in, Eltern oder Kindern, weitere rund 40 Prozent zumindest manchmal. Mit Freund/innen sprechen 28 Prozent häufig und 42 Prozent manchmal über die Politik in Österreich.

Kolleg/innen aus der Arbeit oder der Schule sind für jede/n Fünfte/n häufige Ansprechpartner/innen, dahinter folgen sonstige Familienmitglieder. Mit Menschen aus dem religiösen Umfeld oder mit Nachbar/innen sprechen hingegen nur sehr wenige regelmäßig über Politik.

Unterschiede zeigen sich wieder nach dem Alter: Ältere Personen diskutieren deutlich häufiger mit engen Famili-

enmitgliedern (57 Prozent, gegenüber 29 Prozent bei den 16–29-Jährigen). Männer tauschen sich mehr mit Freunden aus, jüngere Personen häufiger mit Kolleg/innen aus der Schule bzw. Ausbildung.

Nach der Herkunft spielen das Arbeits- bzw. Ausbildungsumfeld und die Freund/innen für Personen mit türkischem Hintergrund eine größere Rolle, ebenso Menschen aus dem Umfeld der Religionsgemeinschaft. Das gilt generell auch für Befragte, die sich selbst als sehr gläubig bezeichnen, Familie und Freund/innen sind aber für sie ebenso wichtiger.

3.3 Entwicklung Österreichs und Funktionieren der heimischen Demokratie

Die Entwicklung Österreichs seit 2013 bewerten 43 Prozent negativ, für 19 Prozent war diese positiv – die Werte sind praktisch deckungsgleich mit den Ergebnissen der ORF-Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017 und damit mit der Wahrnehmung aller Wahlberechtigten (ISA/SORA 2017).

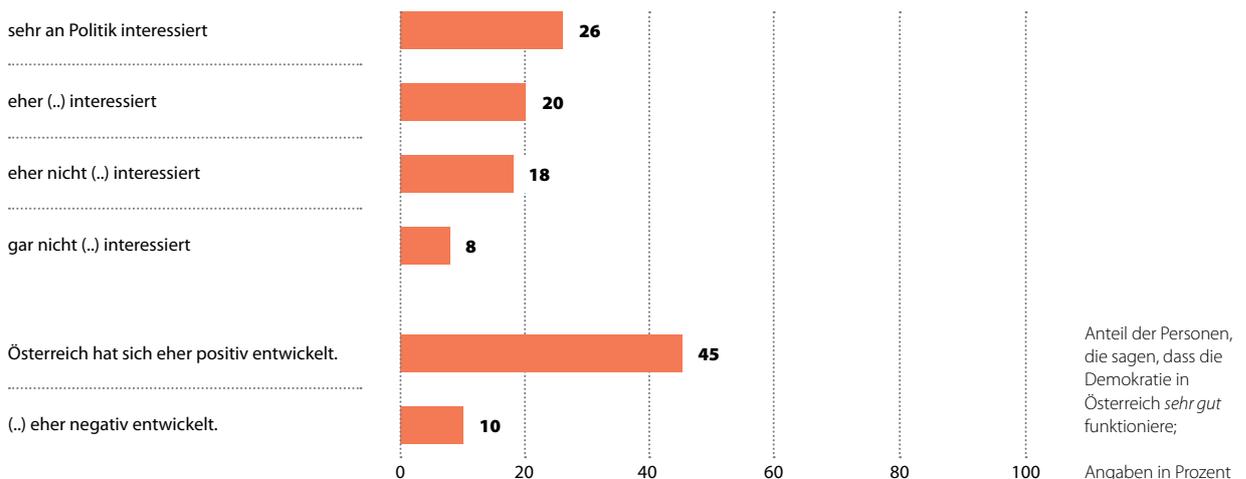
Besonders Personen über 60 Jahre beklagen eine Verschlechterung der Situation in Österreich (58 Prozent, gegenüber 38 Prozent bei den 16–29-Jährigen), nach den Herkunftsländern gibt es nur geringfügige Unterschiede. Generell findet sich in keiner Untergruppe eine (relative) Mehrheit von Befragten, die einen positiven Trend fest-

stellen. Gegenüber 2013 ist die Gruppe jener, die negative Entwicklungen sehen, größer geworden (plus 10 Prozentpunkte).

Praktisch unverändert fällt die Antwort auf die Frage nach dem Funktionieren der heimischen Demokratie aus: Rund 20 Prozent bewerten das System als sehr gut, weitere 56 Prozent als eher gut, für nur 5 Prozent funktioniert die Demokratie in Österreich sehr schlecht. Dieser Wert steigt in keiner Untergruppe über 10 Prozent.

Jüngere Personen äußern sich etwas positiver, das gilt auch für Befragte mit türkischem Hintergrund. Das – selbst eingeschätzte – politische Interesse hat einen Einfluss auf die Antworten, interessiertere Personen bewerten die Demokratie hierzulande besser (26 Prozent *sehr gut* bei den politisch sehr Interessierten, 8 Prozent bei politisch gar nicht Interessierten). Einen deutlicheren Zusammenhang gibt es bei der Bewertung der Entwicklung Österreichs: Jene Personen, die einen positiven Trend erkennen, sagen zu 45 Prozent, dass die Demokratie sehr gut funktioniere, jene, die von negativen Entwicklungen sprechen, teilen diese Meinung nur zu 10 Prozent.

ABBILDUNG 3: ZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH



3.4 Aussagen zu Politik und Demokratie

Die Studie hat unterschiedliche Aussagen zu Demokratie, Partizipation, subjektiver Einbindung in den politischen Prozess und zum Bild von Politik abgefragt.

Eine Mehrheit von 71 Prozent meint, dass es ihr persönlich wichtig sei, sich am politischen System in Österreich zu beteiligen (29 Prozent *sehr wichtig*). Fast ebenso viele sagen, dass sie sich zur eigenen Beteiligung ausreichend informiert fühlen, gleichzeitig meinen zwei Drittel, dass sie alles in allem recht viel über Politik wissen. In allen drei

Fällen stimmen Männer, ältere Befragte und Personen mit formal hoher Bildung eher zu.

60 Prozent teilen die Aussage, dass alle Bürger/innen in Österreich die gleichen Möglichkeiten der Partizipation haben, allerdings stimmt nur ein Viertel uneingeschränkt zu. Gleichzeitig meint nur ein Drittel, dass alle Menschen vom Staat gleich behandelt werden (9 Prozent *stimme sehr zu*). Das Ergebnis lässt keinen Rückschluss zu, ob die Befragten derartige Benachteiligungen auf sich selber beziehen. Generell meinen rund 60 Prozent, dass sie keinen Einfluss auf die Aktivitäten der Regierung haben (26 Prozent *stimme sehr zu*).

Personen über 60 Jahre sind in diesen Fragen noch kritischer, unter ihnen sagen nur 20 Prozent, dass der Staat alle Menschen gleich behandle, bei den unter 30-Jährigen sind es knapp 40 Prozent. Nach Herkunftsländern gibt es sichtbare Unterschiede: Menschen aus Deutschland und den BKS-Staaten sprechen seltener von einer Gleichbehandlung, während Personen mit türkischem Hintergrund weniger Benachteiligungen sehen. Dies hängt auch mit dem Alter der Befragten zusammen.

Die Demokratie als Staatsform wird von knapp 50 Prozent uneingeschränkt befürwortet, weitere 39 Prozent stimmen eher zu, 15 Prozent teilen diese Ansicht nicht (3 Prozent *stimme gar nicht zu*). Im Umkehrschluss sind es ebenso wenige, denen nach eigenen Angaben egal ist, ob sie in einer Demokratie leben, zwei Drittel lehnen diese Aussage vollständig ab. Nach Herkunftsländern fällt erneut auf, dass Personen mit BKS-Hintergrund die Demokratie etwas weniger positiv beurteilen als Personen mit deutschem Hintergrund oder aus EU 04/07-Staaten – die Mehrheiten sprechen sich aber in beiden Fällen klar für die Demokratie aus.

Verglichen mit der ORF-Wahltagsbefragung fällt die Zustimmung zur Demokratie in der vorliegenden Erhebung geringer aus, dort stimmten 72 Prozent der These, dass die Demokratie die beste Staatsform sei, uneingeschränkt zu. Die Abweichung kann zumindest teilweise auf die Art der Erhebung zurückgeführt werden, die bei der Wahltagsbefragung telefonisch erfolgte (und damit eine höhere Hürde für die Befragten darstellte, vermeintlich unerwünschte Antworten offen zu äußern).

Einen starken Führer zu haben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, halten 13 Prozent für einen sehr guten, 21 Prozent für einen eher guten Vorschlag. Zwei Drittel sprechen sich gegen einen solchen Führer aus, die relative Mehrheit von 39 Prozent stimmt hier gar nicht zu.

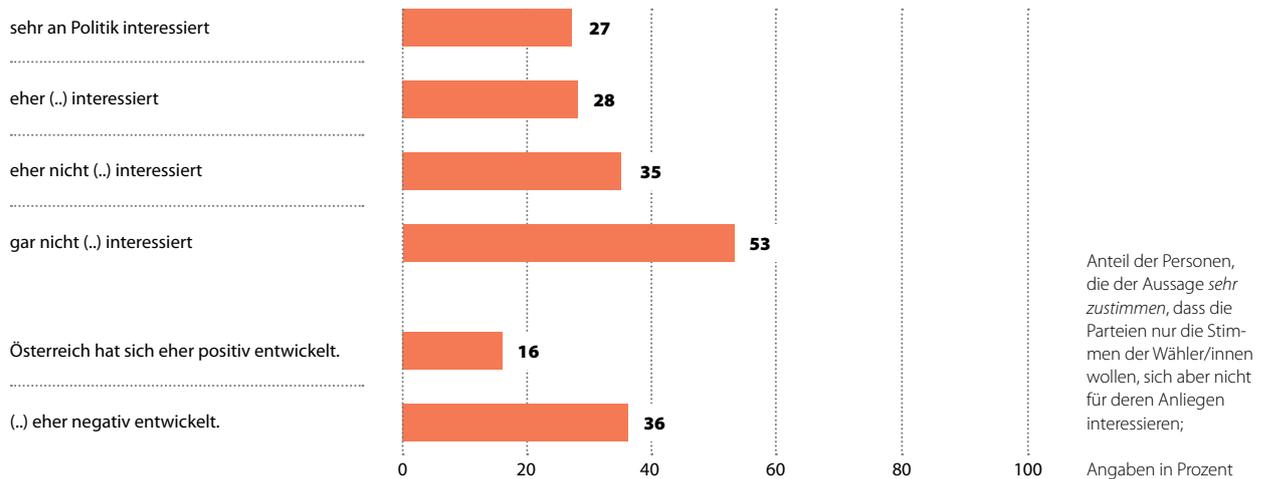
Auch bei diesen Aussagen weichen ältere und formal höher Gebildete in ihren Antworten in dem Sinn vom Gesamtwert ab, dass sie jeweils klarer zustimmen bzw. widersprechen. Sie befürworten demnach die Demokratie noch stärker. Bei der Frage nach dem starken Führer variiert der Grad der Zustimmung zwischen sehr und eher unter den verschiedenen Altersgruppen, die Ablehnung ist praktisch identisch.

Zum Vergleich: In einer Erhebung unter der Gesamtbevölkerung stimmten 2017 23 Prozent der Führer-Aussage zu, 55 Prozent lehnten sie ab, 14 Prozent waren auf der fünfteiligen Skala unentschieden (SORA 2017).

Eine Mehrheit der Befragten betrachtet „die“ Politik und „die“ Politiker/innen skeptisch bis kritisch: Knapp drei Viertel stimmen zu, dass die Politik in entscheidenden Fragen zumeist versage (28 Prozent *stimme sehr zu*), fast ebenso viele meinen, dass Parteien sich nur für die Stimmen, aber nicht für die Anliegen der Wähler/innen interessieren (31 Prozent *stimme sehr zu*). 74 Prozent meinen, dass Politiker/innen nur leere Versprechungen machen (32 Prozent *stimme sehr zu*).

Ältere Befragte vertreten gemeinsam mit Personen mit formal niedriger Bildung und teilweise Männern eine kritischere Haltung. Deutlich ist der Unterschied nach der wahrgenommenen Entwicklung Österreichs und dem subjektiven politischen Interesse: Weniger an Politik Interessierte und Personen, für die sich Österreich schlecht entwickelt, stimmen diesen negativen Aussagen häufiger zu.

ABBILDUNG 4: ZUSTIMMUNG „DIE PARTEIEN WOLLEN NUR DIE STIMMEN DER WÄHLER/INNEN.“



In den ORF-Wahlforschungsdaten stimmten zwei Drittel der Aussage zu, dass die Parteien sich nur für die Stimmen, nicht jedoch für die Anliegen der Wähler/innen interessieren (31 Prozent *stimme sehr zu*), die Ergebnisse unter den Personen mit Migrationshintergrund fallen damit ähnlich aus wie unter der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung (ISA/SORA 2017).

Einige der Aussagen wurden bereits 2013 abgefragt, überwiegend sind die Ergebnisse sehr konstant. Eine Ausnahme ist die Frage, ob „alle Menschen in Österreich vom Staat gleich behandelt“ werden: Hier hat sich der Widerspruch von der Kategorie *stimme eher nicht zu* stärker in Richtung *stimme gar nicht zu* verschoben (2013: 21 Prozent *stimme gar nicht zu*, 2017: 32 Prozent *stimme gar nicht zu*). Fasst man jeweils die beiden positiven und negativen Kategorien zusammen, so bleiben die Änderungen allerdings mit insgesamt 5 Prozentpunkten gering.

3.5 Wahlteilnahme

Im Vorfeld der Wahl bzw. zum Zeitpunkt des Interviews ist knapp die Hälfte der Befragten nach eigenen Angaben von jemandem aufgefordert worden, an der Wahl teilzunehmen. Hauptsächlich erfolgten diese Aufforderungen aus dem Kreis der Familie (42 Prozent, 47 Prozent bei Frauen, 49 Prozent bei Personen mit türkischem Hinter-

grund), durch Parteimitarbeiter/innen (33 Prozent) bzw. aus dem Freundeskreis (31 Prozent). Bei Personen unter 30 kamen zahlreiche Aufforderungen auch aus dem Umfeld der Ausbildung und der Arbeit (32 Prozent in dieser Gruppe gegenüber 17 Prozent gesamt).

Rund 70 Prozent gaben in der Befragung an, sicher an der Wahl teilnehmen zu wollen, der Wert liegt 12 Prozentpunkte höher als 2013. 19 Prozent wollten eher schon teilnehmen, 8 Prozent eher oder sicher nicht und nur 4 Prozent wollten sich nicht deklarieren.

Frauen und ältere Befragte waren sich in ihrer Wahlteilnahme sicherer (Frauen: 71 Prozent *werde sicher teilnehmen*, Männer 64 Prozent; unter 30-Jährige: 57 Prozent, über 60-Jährige: 74 Prozent), auch formal höher Gebildete machten häufiger entsprechende Angaben. Besonders hoch war die deklarierte fixe Wahlteilnahme bei Personen mit deutschem Hintergrund (86 Prozent), besonders niedrig bei Personen mit BKS-Hintergrund (58 Prozent). Politisch interessierte Befragte wollten ebenfalls häufiger zur Wahl gehen (92 Prozent der *sehr Interessierten*, 29 Prozent der *gar nicht Interessierten*), die zuvor sichtbare Parallelität mit der Einschätzung der Entwicklung Österreichs findet sich bei dieser Frage nicht: Sowohl Personen, die einen positiven wie auch eine negativen Trend konstatierten, sagten zu rund drei Vierteln, auf jeden Fall wählen gehen zu wollen.

An dieser Stelle muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Ergebnisse aufgrund des langen Befragungszeitraums und des Themas nicht als Aussage über die tatsächliche Wahlbeteiligung herangezogen werden können.

Von den wenigen deklarierten Nichtwähler/innen begründeten die meisten ihre Absicht damit, dass sie Protest gegen Politik und Politiker/innen äußern wollten (47 Prozent). Dieses Motiv hat demnach – trotz Vorsicht aufgrund der geringen Fallzahl – gegenüber 2013 stark an Bedeutung gewonnen, damals begründete nur ein Viertel die eigene Wahlverweigerung damit.

Weitere wichtige Nichtwahlmotive waren unattraktive Parteien und Kandidat/innen und das Gefühl, dass sich niemand für einen einsetzen, sowie fehlendes Interesse. Ein mangelndes Engagement der Politik für Migrant/innen war – wie schon 2013 – kein wichtiges Nichtwahlmotiv.

3.6 Themen

Die Themen Flüchtlinge, Integration und Zuwanderung sind jene Bereiche, über die die Befragten während des Wahlkampfs am meisten diskutiert haben. Dahinter folgen Sicherheit und Kriminalität sowie die Kosten des täglichen Lebens. Arbeitsplätze und Bildung liegen demgegenüber nur im Mittelfeld, Wirtschaft und Umwelt/Klima spielten im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Die Ergebnisse spiegeln die Daten der ORF-Wahltagsbefragung wider, auch dort war das Thema Asyl und Integration dominant, gefolgt von Sicherheit (ISA/SORA 2017).

Bei den diskutierten Themen finden sich kaum Unterschiede nach dem Geschlecht oder formalen Bildungsgrad, teilweise aber große Abweichungen nach dem Alter: Unter 30-Jährige diskutierten öfter über das Thema Arbeitsplätze, ältere Personen demgegenüber deutlich stärker über Sicherheit, Kosten des täglichen Lebens, Gesundheit und Europa. Nach Herkunftsländern betrachtet fällt auf, dass Personen mit BKS-Hintergrund sich generell weniger mit den abgefragten Themen beschäftigten, es ansonsten aber weitgehende Parallelen zwischen Befragten mit türkischem und deutschem Hintergrund gibt. Auch zwischen Personen der ersten und zweiten Generation sind weitgehend ähnliche Antwortmuster feststellbar.

4

Vergleiche mit früheren Studien

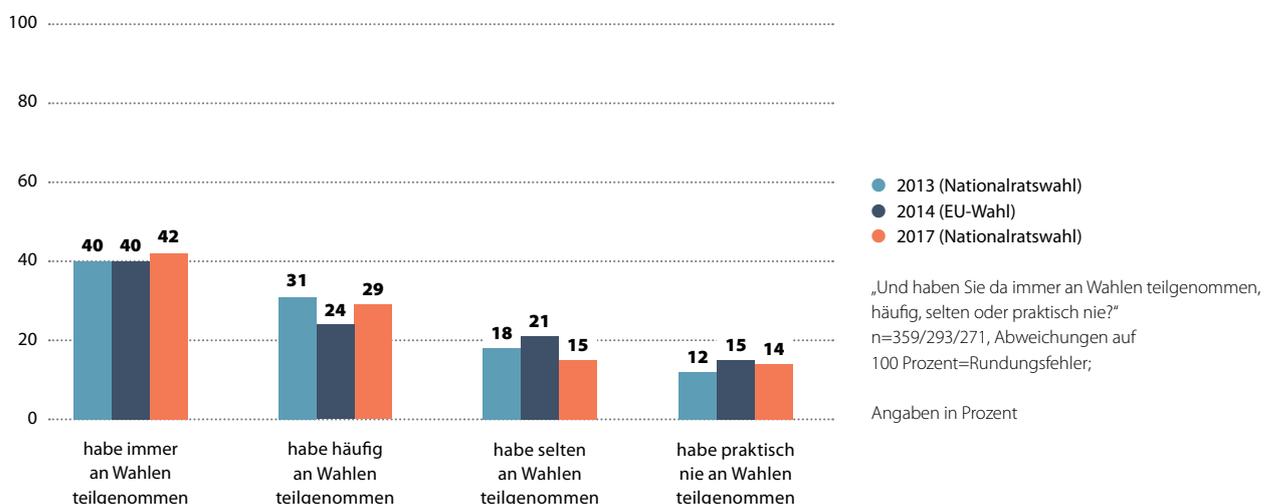
Die Studie zur Nationalratswahl 2017 erlaubt einen Vergleich mit den Vorerhebungen zur Nationalratswahl 2013 und zur EU-Wahl 2014. Obwohl alle Projekte eigene Schwerpunkte verfolgten, wurden einige Eckpunkte zu Einstellungen zu Politik, Demokratie und Beteiligung in allen Untersuchungen abgefragt und können an dieser Stelle verglichen werden.

Auf eine Gegenüberstellung der auf die konkrete Wahl bezogenen Fragen wird verzichtet, da diese vom jeweiligen Kontext abhängen.

4.1 Wahlerfahrung und bisherige Wahlteilnahme

Grundsätzlich gab in allen drei Erhebungen rund die Hälfte der Befragten der ersten Generation an, bereits in ihrer Heimat wahlberechtigt gewesen zu sein, dieser Wert schwankt nur leicht. Ebenso meinten je rund 40 Prozent, immer an diesen früheren Wahlen außerhalb Österreichs teilgenommen zu haben (siehe Abb. 5). Der Anteil jener, die von ihrem Wahlrecht nach eigenen Angaben nie Gebrauch gemacht haben, fällt mit 12 bis 15 Prozent relativ konstant aus.

ABBILDUNG 5: HÄUFIGKEIT DER WAHLTEILNAHME IM HERKUNFTSLAND



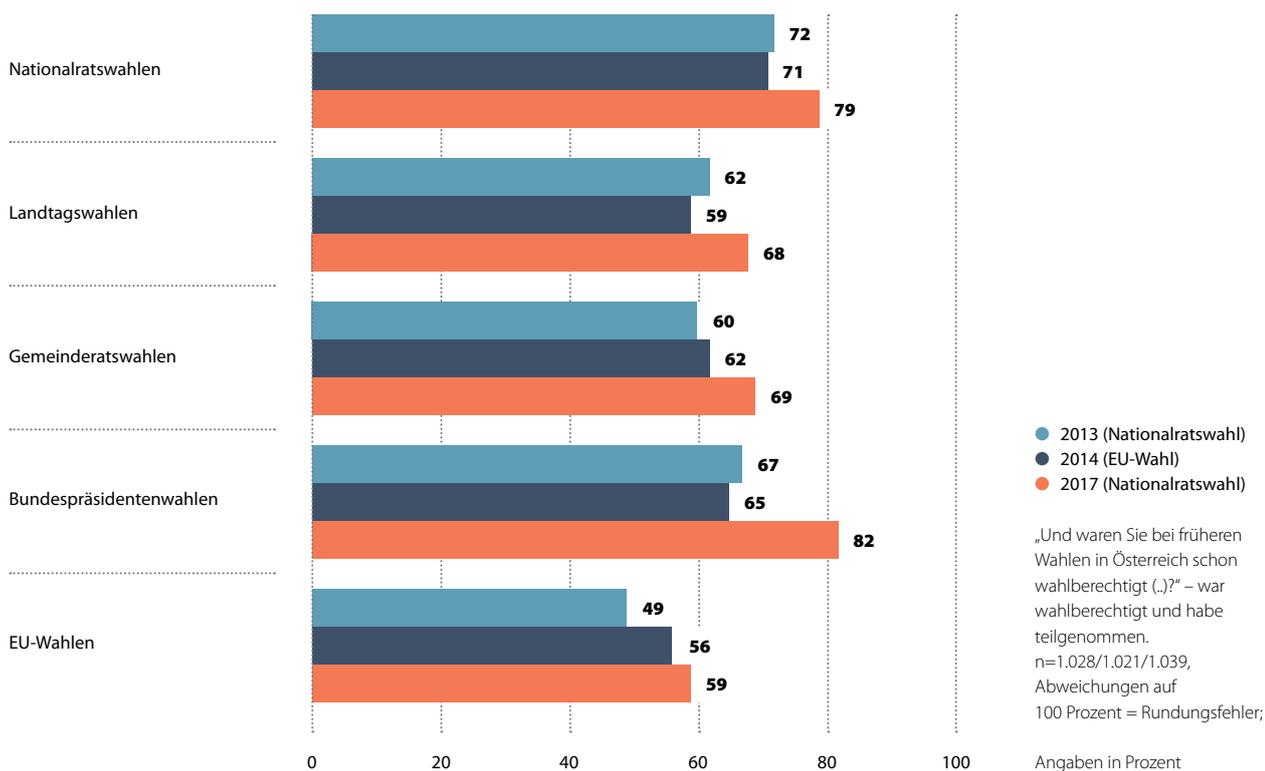
Soziodemografisch betrachtet zeigt sich, dass Personen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen häufiger sagen, immer an Wahlen teilgenommen zu haben. Geschlecht oder Alter ergeben hingegen kein eindeutiges Muster.

Nach Herkunftsländern differenziert findet sich eine unterdurchschnittliche Wahlteilnahme bei Personen aus BKS-Ländern, die deutlich seltener von einer regelmäßigen Beteiligung an Wahlen sprechen. 2013 und 2014 stimmt dieser Befund auch für Personen aus der Türkei, während 2017 deren Wert über dem Durchschnitt liegt. Allerdings ist die Basis für die Differenzierung nach Her-

kunft innerhalb der wahlberechtigten Personen der ersten Generation klein (rund 40 bis 60 Befragte aus den genannten Ländern), daher kann man hier nur von Tendenzen sprechen, weiterführende Gegenüberstellungen müssen entfallen.

Wie bereits unter Punkt 3.1 angesprochen, ist 2017 die deklarierte Wahlteilnahme innerhalb Österreichs etwas bis klar höher als in den Vorstudien (siehe Abb. 6). Besonders bei der Bundespräsidentenwahl liegt der Wert mit 82 Prozent über den Angaben 2013 (67 Prozent) und 2014 (65 Prozent).

ABBILDUNG 6: BISHERIGE WAHLTEILNAHMEN IN ÖSTERREICH



Um einen besseren Vergleich zu ermöglichen, kann die Beteiligung an den unterschiedlichen Wahlen in einer Variablen kombiniert werden (siehe Tab. 4), wobei die Wahlberechtigung und Teilnahme an allen genannten Wahlen als Kriterium für die Zuordnung zu dieser Variablen herangezogen wird.

Hier zeigen sich vor allem nach Alter und formaler Bildung in allen drei Jahren ähnliche Tendenzen: Ältere Personen und höher Gebildete geben häufiger an, sich an Wahlen in Österreich zu beteiligen, 2013 und 2014 gilt das auch für Männer gegenüber Frauen, der Unterschied bleibt mit 7 bzw. 9 Prozentpunkten gegenüber Abweichungen von rund 20 Prozentpunkten und mehr zwischen den anderen Gruppen aber gering. In der Erhebung 2017 findet sich zudem ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern.

TABELLE 4: WAHLTEILNAHME NACH SOZIODEMOGRAFISCHEN KRITERIEN UND HINTERGRUND

	war wahlberechtigt und hat teilgenommen		
	2013	2014	2017
Männer	46	46	50
Frauen	37	39	50
16–29 Jahre	22	23	31
30–59 Jahre	43	46	54
60 Jahre und älter	63	55	70
keine Matura	38	38	46
Matura und höher	47	53	57
Türkei	23	26	39
BKS	32	36	41
EU 04/07	42	50	59
Deutschland	56	52	71

Personen, die nach eigenen Angaben bisher an Wahlen auf allen Ebenen in Österreich teilgenommen haben; n=380/430/509;
Angaben in Prozent

Die Unterschiede nach den Herkunftsländern sind relativ gesehen in allen drei Erhebungen ähnlich: Demnach haben vor allem Befragte aus Deutschland bisher überdurchschnittlich stark an Wahlen in Österreich teilgenommen, gefolgt von Personen aus dem EU 04/07-Raum. Befragte aus BKS-Ländern und insbesondere der Türkei haben sich weniger an Wahlen beteiligt. Eine fehlende Wahlberechtigung aufgrund des niedrigeren Alters spielt dabei keine Rolle, der Anteil jener, die angeben, nicht wahlberechtigt gewesen zu sein, bewegt sich – mit Ausnahme von EU-Wahlen – im Schnitt.

Für alle drei Fälle lässt sich zeigen, dass eine regelmäßige Wahlteilnahme im Herkunftsland mit einem entsprechenden Beteiligungsverhalten in Österreich zusammenhängt, was inhaltlich nicht überrascht (siehe Tab. 5): Personen, die bereits in ihrer Heimat vom Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, sind tendenziell auch häufigere Wähler/innen in Österreich.

TABELLE 5: WAHLTEILNAHME IN ÖSTERREICH NACH WAHLTEILNAHME IM HERKUNFTSLAND

	wahlberechtigt und hat an allen Wahlen in Österreich teilgenommen
hat immer an Wahlen im Herkunftsland teilgenommen	59
hat häufig (..) teilgenommen	26
hat selten (..) teilgenommen	19
hat praktisch nie (..) teilgenommen	27

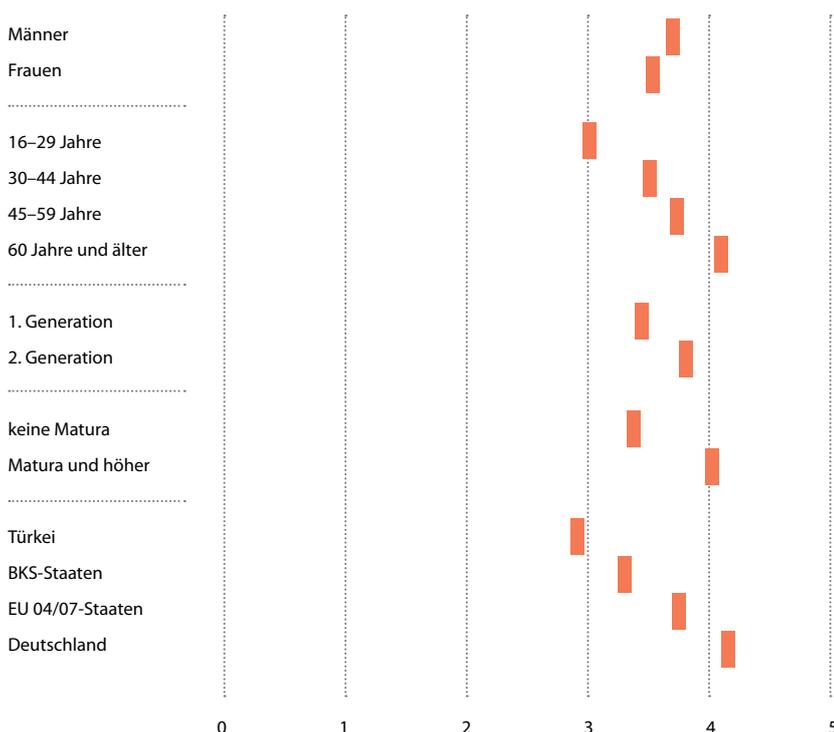
Personen, die nach eigenen Angaben bisher an Wahlen auf allen Ebenen in Österreich teilgenommen haben, nach Wahlerfahrungen im Herkunftsland; n=380/430/509; Angaben in Prozent

Für eine weitere Auswertung wird aus den Fragen zur Beteiligung an unterschiedlichen Wahlen in Österreich eine fünfteilige Skala basierend auf Teilnahme/Nichtteilnahme erstellt. Personen, die angeben, nicht wahlberechtigt gewesen zu sein, werden aus der Auswertung herausgenommen. Als Basis werden die vorliegenden Datensätze kombiniert, um auf eine größere Fallzahl zugreifen zu können. Dies führt zu Unschärfen aufgrund der unterschied-

lichen Erhebungszeitpunkte, die aber aufgrund der ähnlichen Antworttendenzen akzeptiert werden.

Der Vergleich der Mittelwerte (siehe Abb. 7) zeigt ein ähnliches Bild wie bereits beschrieben: Vor allem ein höheres Alter und eine höhere Bildung hängen mit der eigenen Wahlteilnahme zusammen, nach Herkunft sind Personen aus Deutschland bzw. den EU 04/07-Staaten bisher häufiger wählen gegangen.

ABBILDUNG 7: BISHERIGE WAHLTEILNAHMEN IN ÖSTERREICH NACH SOZIODEMOGRAFIE

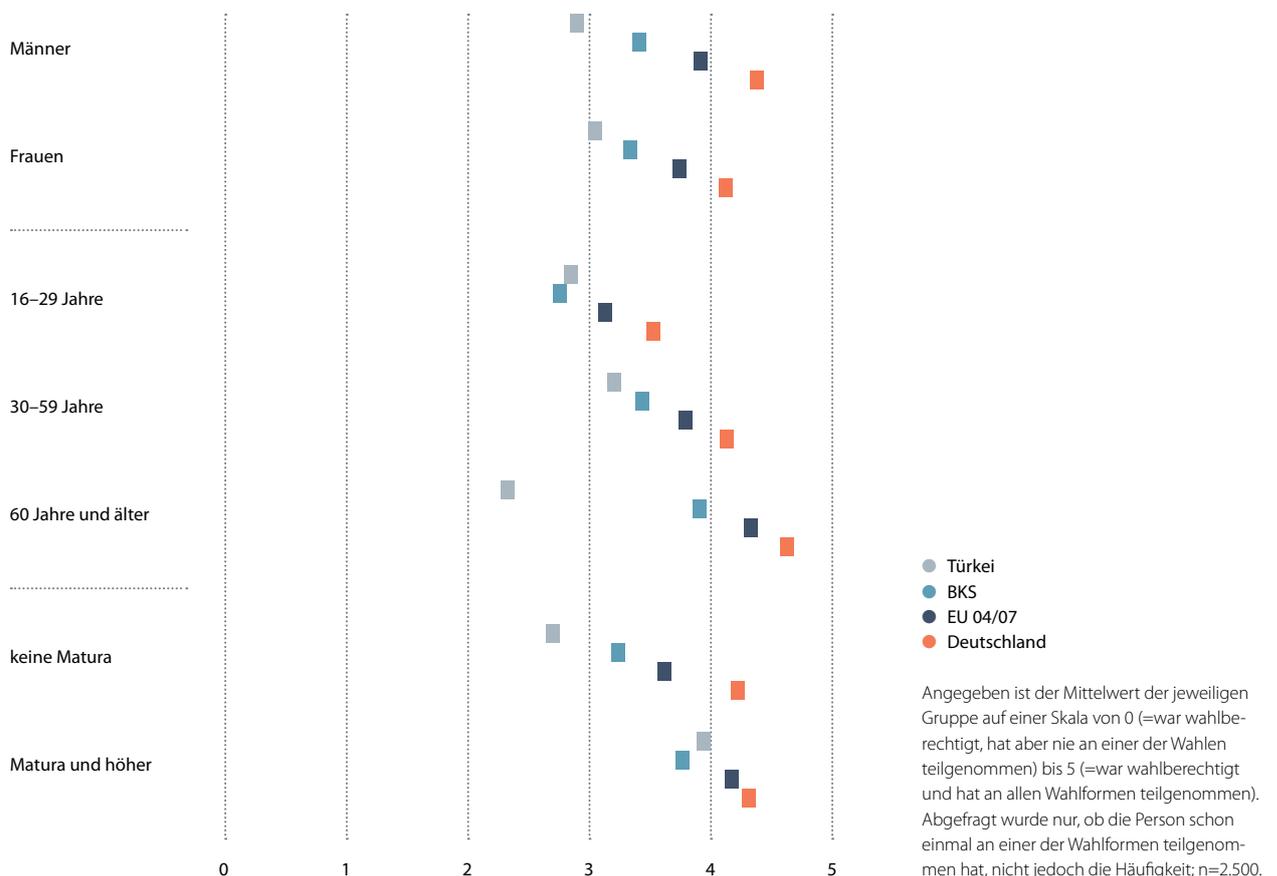


Angegeben ist der Mittelwert der jeweiligen Gruppe auf einer Skala von 0 (=war wahlberechtigt, hat aber nie an einer der Wahlen teilgenommen) bis 5 (=war wahlberechtigt und hat an allen Wahlformen teilgenommen). Abgefragt wurde nur, ob die Person schon einmal an einer der Wahlformen teilgenommen hat, nicht jedoch die Häufigkeit; n=2.550.

Die nun große Fallzahl erlaubt eine Differenzierung der Herkunftsländer nach Geschlecht, breiten Altersgruppen und formaler Bildung (siehe Abb. 8). In der Unterscheidung Männer/Frauen finden sich in den Herkunftsgruppen ähnliche Trends wie im Gesamtergebnis, nach dem Alter ist bei Befragten mit türkischem Hintergrund eine deutlich geringere Wahlteilnahme der ältesten Gruppe gegen-

über den anderen Befragten zu erkennen. Diese basiert allerdings – aufgrund des niedrigeren Durchschnittsalters der türkischen Personen in der Stichprobe – auf einer sehr kleinen Fallzahl (n=29). Besonders bei Befragten mit formal höherer Bildung sind die Unterschiede zwischen den Herkunftsregionen vergleichsweise gering.

ABBILDUNG 8: BISHERIGE WAHLTEILNAHMEN IN ÖSTERREICH NACH HERKUNFTSLÄNDERN BZW. HINTERGRUND



4.2 Interesse an Politik und Demokratiezufriedenheit

Bei der Frage nach dem individuellen Politikinteresse finden sich seit 2013 relativ konstante Werte, rund ein Viertel bezeichnet sich als sehr interessiert, knapp die Hälfte als eher schon interessiert. Die Werte sind für Befragte aus der Türkei 2017 etwas höher, bei den anderen Herkunftsländern hingegen gleichbleibend.

Die Demokratiezufriedenheit zeigt ein etwas heterogeneres Bild: Zwar ist sie insgesamt konstant, 2017 äußern sich allerdings Befragte mit türkischem, BKS- oder EU 04/07-Hintergrund häufiger sehr positiv. Der Anteil jener, die ein eindeutig negatives Urteil abgeben, ist 2017 ähnlich niedrig wie 2013 (mit rund oder unter 5 Prozent), 2014 gab es hier in allen Gruppen eine minimal höhere Zustimmung.

Auch für diese Fragen lassen sich anhand der kumulierten Stichproben Vergleiche anstellen. Beim politischen Inte-

resse (siehe Tab. 6) zeigt der Vergleich, dass es innerhalb der Herkunftsgruppen Unterschiede gibt, die teilweise einem Trend folgen, teilweise diesem aber widersprechen. So geben Männer generell ein höheres politisches Interesse an als Frauen. Nach dem Alter differenziert stechen vor allem ältere Personen aus Deutschland und den EU 04/07-Staaten mit einem – subjektiv – sehr hohen Interesse hervor, während Befragte unter 30 sich selber unabhängig vom Hintergrund eher nur als eingeschränkt politisch interessiert bezeichnen.

Bei der formalen Bildung fällt auf, dass es zwar erneut einen klaren Unterschied zwischen niedrigem und hohem Abschlussniveau gibt, dieses aber praktisch nur Personen mit türkischem und BKS-Hintergrund betrifft. Befragte aus den anderen beiden Gruppen – Deutschland und EU 04/07-Staaten – weichen im Interesse weniger stark voneinander ab, tendenziell entsprechen diese Schwankungen aber dem Trend.

TABELLE 6: INTERESSE AN POLITIK IN ÖSTERREICH NACH HERKUNFTSLÄNDERN BZW. HINTERGRUND

	Türkei	BKS	EU 04/07	Deutschland
Männer	27	26	32	42
Frauen	20	16	27	28
16–29 Jahre	17	15	19	21
30–59 Jahre	30	22	29	31
60 Jahre und älter	12	25	38	46
keine Matura	18	17	28	32
Matura und höher	38	32	31	41

Angaben in Prozent der „sehr an Politik interessiert“-Antworten; n=2.519

Der Vergleich der Demokratiezufriedenheit (siehe Tab. 7) zeigt generell deutlich geringere Abweichungen zwischen den Gruppen als die Frage nach dem politischen Interesse. Punktuell äußern sich ältere Personen etwas positiver, nach dem Geschlecht differenziert sind tenden-

ziell eher Frauen mit türkischem und Männer mit deutschem Hintergrund etwas zufriedener. Nach formaler Bildung unterscheiden sich die Antworten praktisch nicht voneinander.

TABELLE 7: ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH NACH HERKUNFTSLÄNDERN BZW. HINTERGRUND

	Türkei	BKS	EU 04/07	Deutschland
Männer	20	15	17	23
Frauen	24	17	15	18
16–29 Jahre	19	16	15	16
30–59 Jahre	26	16	17	20
60 Jahre und älter	24	14	14	22
keine Matura	23	16	16	19
Matura und höher	22	15	16	23

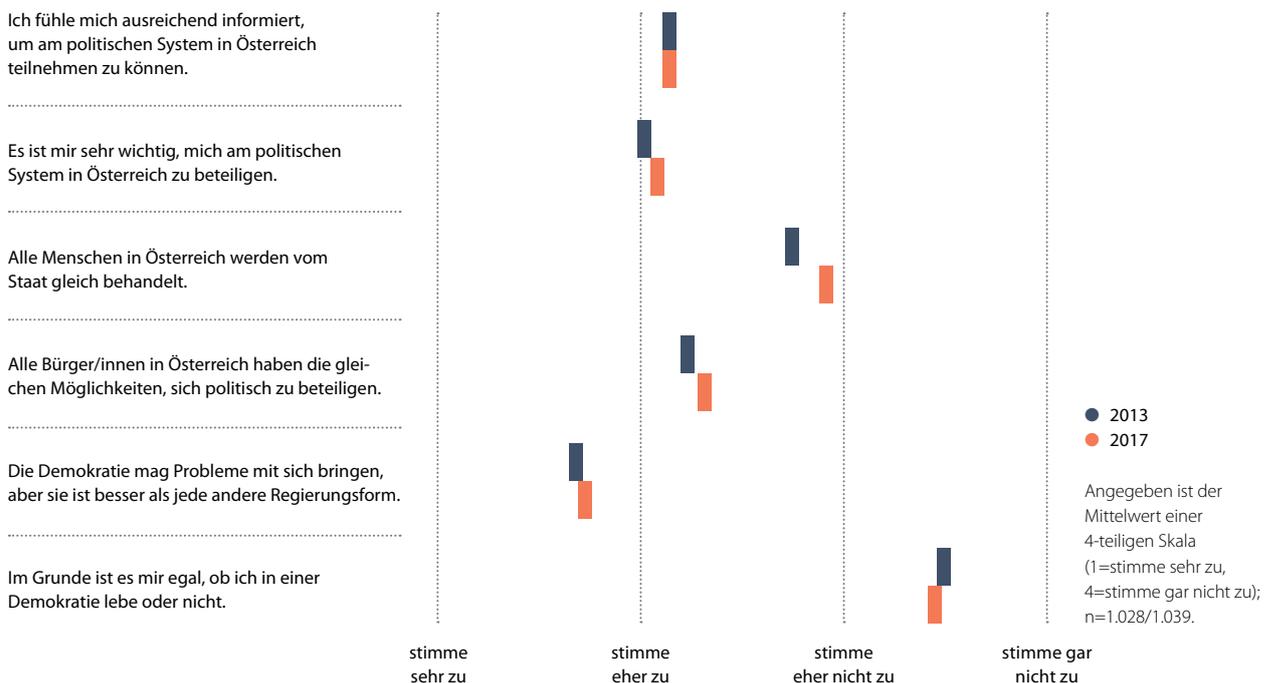
Angaben in Prozent der „sehr mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich zufrieden“-Antworten; n=2.519

4.3 Aussagen zu Politik und Demokratie

Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2013 und 2017 wurden den Befragten auch verschiedene Aussagen zu Politik und

Demokratie vorgelegt. Im direkten Vergleich (siehe Abb. 9) der Mittelwerte der Antworten zeigen sich nur sehr geringe Schwankungen, die nicht interpretierbar sind und auf ein relativ konstantes Antwortverhalten in diesen Kategorien hindeuten.

ABBILDUNG 9: MITTELWERT DER ZUSTIMMUNG BZW. ABLEHNUNG ZU AUSSAGEN ZU PARTIZIPATION UND DEMOKRATIE



Vergleicht man die Antwortmuster in den soziodemografischen Gruppen, dann sind diese 2017 ähnlich wie 2013 (siehe beispielhaft Tab. 8). Männer, ältere Personen und formal höher Gebildete haben eher den Eindruck, am politischen System teilnehmen zu können, ihnen ist diese Teilhabe auch wichtiger. Die entsprechenden Beteiligungschancen werden weitgehend analog bewertet, wobei 2017 Frauen etwas häufiger an den tatsächlichen Möglichkeiten zweifeln. Demokratie als System an sich

steht klar mehrheitlich außer Zweifel, wobei in beiden Erhebungen ältere und formal höher gebildete Personen sich noch klarer dazu bekennen. Ein Zusammenhang mit den Einstellungen zu Partizipation und politischem Interesse liegt nahe. Das Antwortmuster nach den Herkunftsländern betrachtet schwankt zwischen den Erhebungen stärker, vor allem zwischen Befragten mit türkischem und BKS-Hintergrund.

TABELLE 8: SUBJEKTIVE WICHTIGKEIT PARTIZIPATION 2013/2017

	2013	2017
Männer	2,01	2,07
Frauen	2,24	2,20
16–29 Jahre	2,35	2,27
30–59 Jahre	2,18	2,13
60 Jahre und älter	1,73	1,94
keine Matura	2,22	2,26
Matura und höher	1,94	1,97
Türkei	2,47	2,24
BKS	2,21	2,35
EU 04/07	1,99	2,01
Deutschland	2,08	1,84

Angegeben ist der Mittelwert einer 4-teiligen Skala (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu) der Antworten auf die Aussage „Es ist mir sehr wichtig, mich am politischen System in Österreich zu beteiligen.“; n=1.028/1.039.

5

Zusammenfassende Analyse

Nach der Darstellung der Ergebnisse im Überblick und des Zeitvergleichs sollen im Folgenden anhand der Daten von 2017 zwei weiterführende Auswertungen vorgenommen werden: Es geht um die Herausarbeitung einiger grundlegender Haltungen zu Demokratie und Politik in Österreich und um die Wahlteilnahme.

5.1 Einstellungen zu Demokratie und Politik in Österreich

Die zwölf abgefragten Aussagen zu Politik und Demokratie sowie die Fragen nach dem politischen Interesse und der Bewertung der Demokratie in Österreich lassen sich zu vier grundlegenden Einstellungsfragen verdichten⁴ (siehe Tab. 9). Die Idee dahinter ist, dass die unterschiedlichen Fragen und Aussagen teilweise ähnliche bzw. überlappende Konzepte abbilden:

- **Interesse und Informiertheit:** Aussagen, die die subjektiv empfundene Informiertheit und das subjektive politische Interesse ausdrücken
- **Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich:** Aussagen zum Funktionieren des politischen Systems in Österreich
- **Politikkritik:** Aussagen, die Kritik an der konkreten Politik und den Politiker/innen in Österreich ausdrücken
- **Demokratiekritik:** Aussagen, die grundlegende Kritik am System der Demokratie an sich ausdrücken

⁴ Die Zusammenfassung erfolgte mittels Faktorenanalyse (PCA mit Varimax-Rotation), wobei die jeweiligen Antwortskalen als intervallskaliert betrachtet wurden. Die vier extrahierten Faktoren, die theoretisch plausibel erscheinen, erklären rund 62 Prozent der Gesamtvarianz, der KMO-Wert lag bei 7,9, der Bartlett-Test war auf einem Niveau von $p < 0.001$ signifikant. Die neuen Variablen wurden über die Summierung der Einzelvariablen gebildet.

TABELLE 9: ZUORDNUNG DER FRAGEN/AUSSAGEN ZU DEN NEUEN VARIABLEN

Interesse und Informiertheit	Zufriedenheit politisches System Österreich	Politikkritik	Demokratiekritik
Alles in allem weiß ich recht viel über Politik.	Alle Menschen in Österreich werden vom Staat gleich behandelt.	Politiker/innen machen nur leere Versprechungen.	Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform.
Ich fühle mich ausreichend informiert, um am politischen System in Österreich teilnehmen zu können.	Alle Bürger/innen in Österreich haben die gleichen Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen.	In entscheidenden Fragen versagt die Politik zumeist.	Im Grunde ist es mir egal, ob ich in einer Demokratie lebe oder nicht.
Es ist mir sehr wichtig, mich am politischen System in Österreich zu beteiligen.	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich	Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler/innen, ihre Anliegen interessieren sie nicht.	Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.
persönliches Interesse an Politik		Ich habe keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	

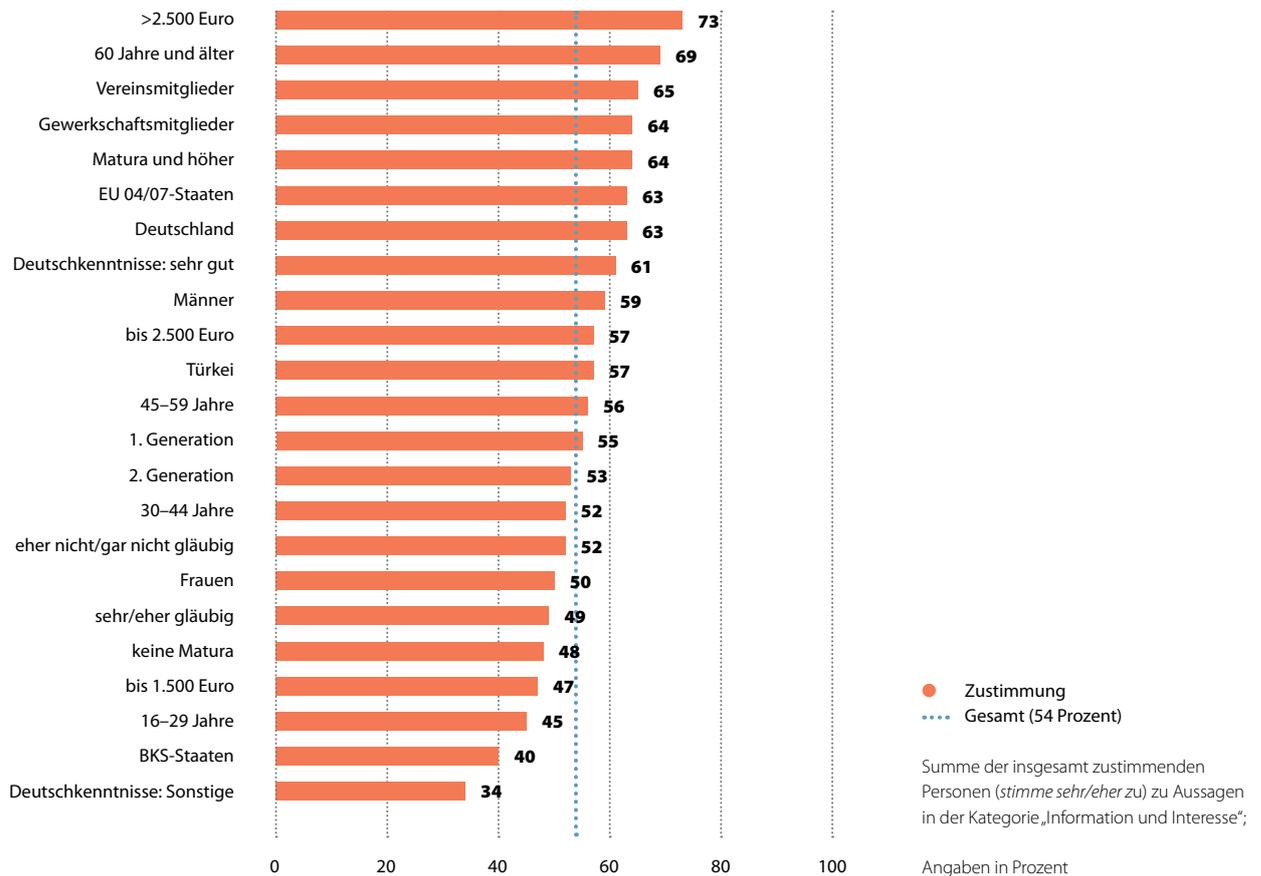
Die auf diese Weise neu konstruierten Variablen können nochmals anhand der soziodemografischen Kriterien betrachtet werden.

Die subjektive Informiertheit und das Interesse an Politik in Österreich liegen bei Männern höher als bei Frauen, ebenso bei älteren Personen und vor allem bei formal höher Gebildeten. Einen markanten Unterschied gibt es bei den Deutschkenntnissen: Personen, die ihre Deutschkenntnisse als sehr gut bezeichnen, zeigen ein deutlich größeres Interesse als andere Befragte. Bei Personen

mit einem vergleichsweise hohen persönlichen Budget (>2.500 Euro/Monat) finden sich ebenfalls ein erhöhtes Interesse und höhere Informiertheit, ebenso bei Mitgliedern der Gewerkschaft oder eines sonstigen Vereins.

Bei diesem Punkt ist die Kluft bei BKS-Befragten am größten und das Interesse vergleichsweise niedrig, Personen aus Deutschland und EU 04/07-Ländern (bzw. mit entsprechendem Hintergrund) zeigen mehr Interesse und fühlen sich besser informiert. Die Antworten von Personen mit türkischen Wurzeln sind ausgeglichen.

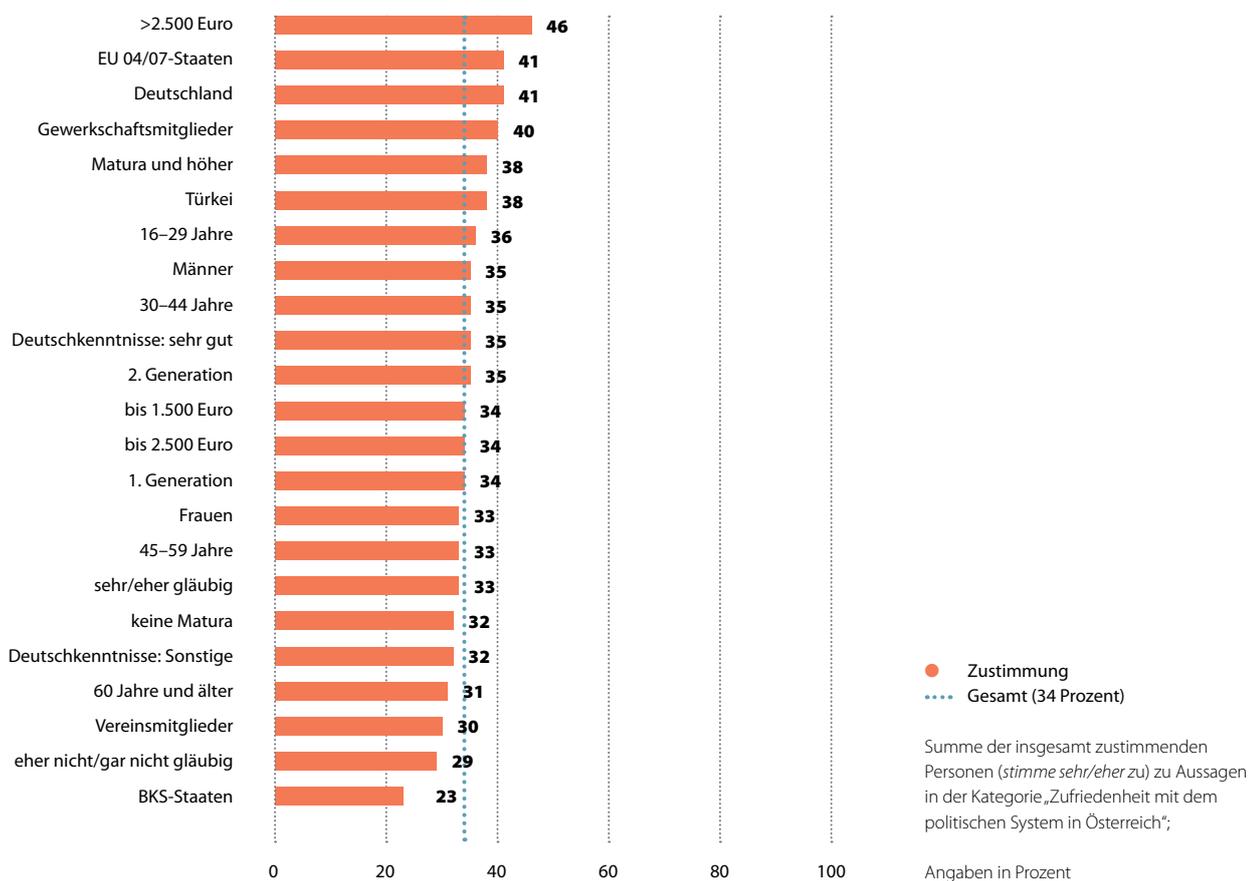
ABBILDUNG 10: INFORMIERTHEIT UND INTERESSE



Das politische System in Österreich wird unabhängig vom Geschlecht und Alter ähnlich eingeschätzt, die formale Bildung wirkt sich vergleichsweise schwach aus. Personen, denen mehr Geld zur Verfügung steht, bewerten das System etwas besser; wenn man nach dem Migrationshintergrund geht, Befragte aus Deutschland und EU

04/07-Staaten. Jene aus BKS-Ländern äußern sich deutlich kritischer. Bei der Gegenüberstellung der ersten und zweiten Generation finden sich keine Unterschiede, jene nach Gewerkschafts- oder Vereinsmitgliedschaft betrachtet bleiben sehr gering.

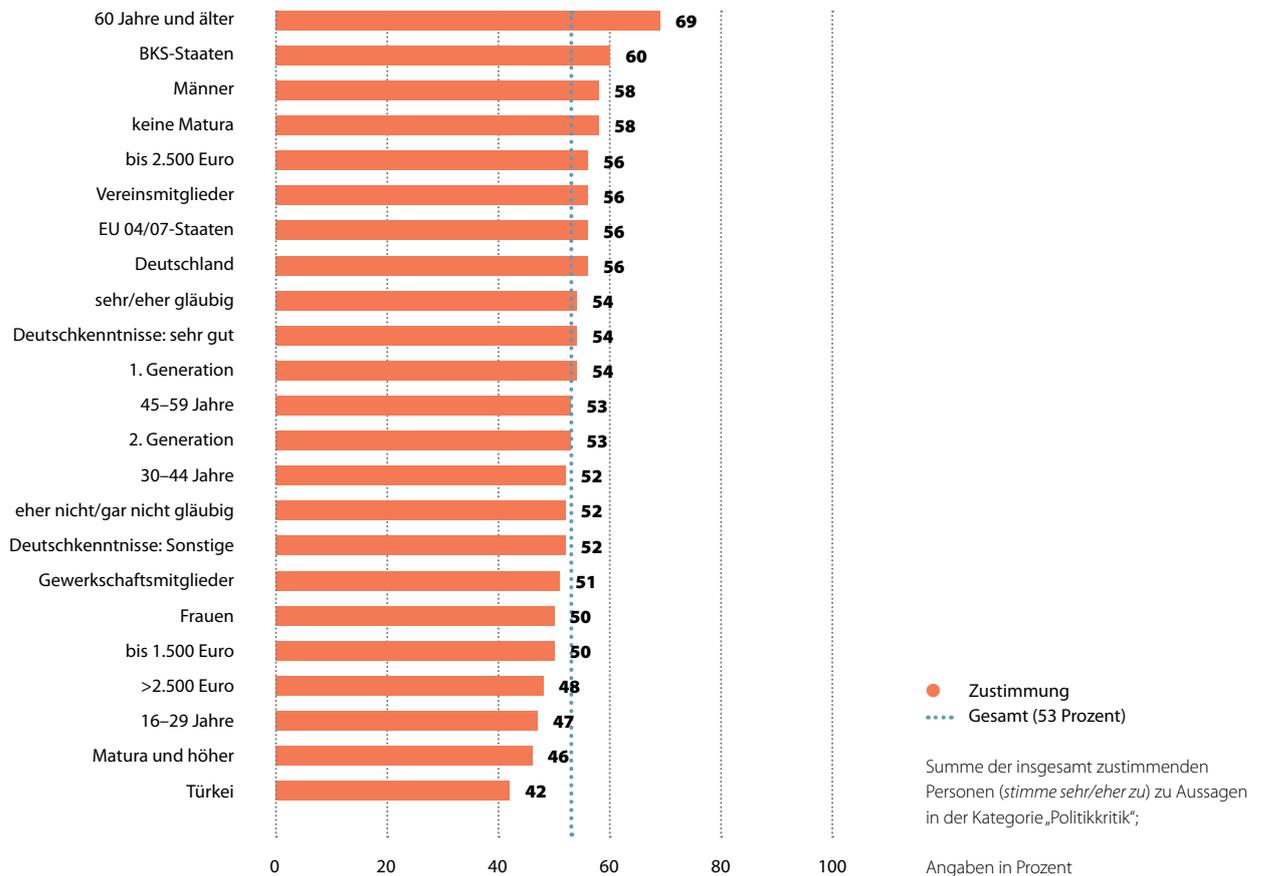
ABBILDUNG 11: ZUFRIEDENHEIT POLITISCHES SYSTEM ÖSTERREICH



Die Politikkritik fällt bei älteren Personen stärker aus, ebenso bei Männern und formal schlechter Gebildeten. Variablen wie die eigene Gläubigkeit, die eigenen Deutschkenntnisse oder das verfügbare Einkommen lassen kein klares Muster erkennen.

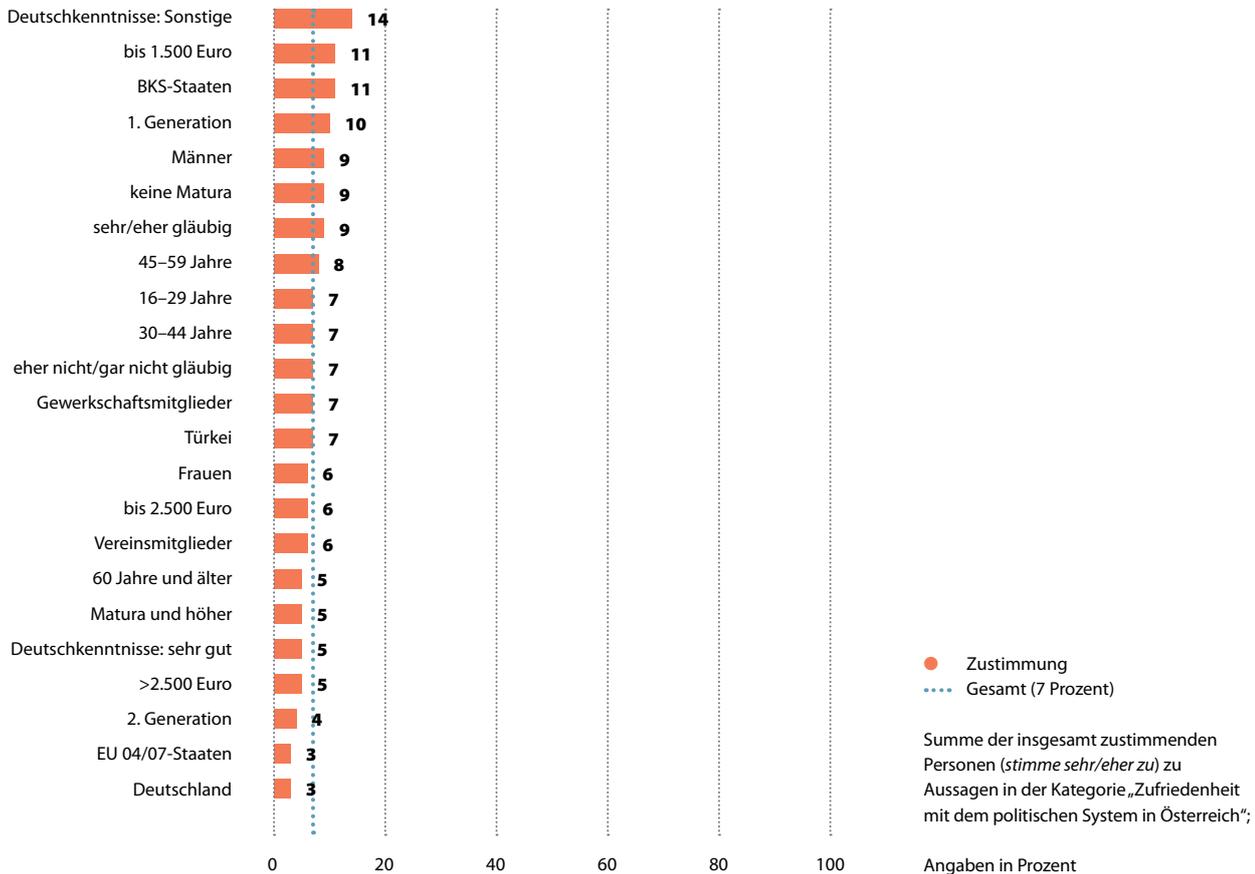
Nach Herkunftsländern differenziert ist der politische Zynismus bei Personen mit BKS-Hintergrund etwas stärker ausgeprägt, bei türkischem Hintergrund weniger und bei den übrigen Staaten ausgeglichen.

ABBILDUNG 12: POLITIKKRITIK



Anti-demokratische Aussagen werden quer zu den Subgruppen sehr stark abgelehnt. Sucht man überdurchschnittliche Zustimmungswerte, dann finden sich diese bei formal schlechter Gebildeten und Personen mit sehr schlechten Deutschkenntnissen. Befragte aus Deutschland und den EU 04/07-Staaten lehnen solche Haltungen noch deutlicher ab. Etwas höher ist die Zustimmung bei Mitgliedern der ersten Generation.

ABBILDUNG 13: DEMOKRATIEKRITIK



5.2 Wahlbeteiligung

In einem nächsten Schritt sollen Einflussfaktoren auf eine beabsichtigte Wahlteilnahme und damit auf die Beteiligungsbereitschaft der Befragten herausgearbeitet werden.

Die theoretische Grundlage ist das civic voluntarism model (Verba/Schlozman/Brady 1995), das sich mit der Frage der Partizipationswahrscheinlichkeit von Personen in einem politischen System beschäftigt. In diesem Modell gibt es drei Hauptgruppen an Einflussfaktoren für die Beteiligung:

- Ressourcen, die darüber bestimmen, ob jemand überhaupt teilnehmen kann (z. B. Kompetenzen, Geld, Zeit)
- Involvierung, der Wunsch bzw. das Interesse, sich zu beteiligen (z. B. Interesse, Wunsch nach Teilnahme)
- Rekrutierung, konkret die Aufforderung zur Teilnahme (z. B. Aufforderung, wählen zu gehen, Mitgliedschaft in Vereinen)

Zur Einschätzung möglicher Einflüsse auf das Wahlverhalten im konkreten Fall wird ein binäres logistisches Regressionsmodell verwendet, mit der beabsichtigten Wahlteilnahme als abhängiger Variable. Die verfügbaren unabhängigen Variablen werden den genannten drei Einflüssen zugeordnet (siehe Tab. 10).

TABELLE 10: ZUORDNUNG VARIABLEN ZU MÖGLICHEN EINFLÜSSEN

Ressourcen	Involvierung	Rekrutierung
formale Bildung	Interesse und Informiertheit	Person wurde aufgefordert, wählen zu gehen
Geld		Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft
Deutschkenntnisse		Mitgliedschaft in einem Verein

Zusätzlich werden zur soziodemografischen Einordnung die Variablen Geschlecht und Alter herangezogen sowie im Sinne der vorliegenden Studie das Herkunftsland/der Hintergrund. Auf eine Einbeziehung früherer Wahlerfahrungen im Herkunftsland wird verzichtet, da dieser Aspekt nur Befragte der ersten Generation betrifft. Wie oben angeführt ist es aber plausibel, dass ein früher bereits ausgeübtes Wahlrecht sich positiv auf weitere Wahlteilnahmen auswirkt.

„Interesse und Informiertheit“ ist die in Punkt 5.1 neu gebildete Variable, die zur weiteren Verwendung auf eine Skala von 0 bis 10 umgerechnet wird. Die Variable „Geld“

wird als intervallskaliert betrachtet und verwendet (mit insgesamt sieben Ausprägungen), ebenso das Alter, alle weiteren Variablen sind dichotom.

Die Basis für die Auswertung ist die Frage: „Aus heutiger Sicht, werden Sie sicher, eher schon, eher nicht oder sicher nicht an der Nationalratswahl teilnehmen und Ihre Stimme abgeben?“ Aus den unterschiedlichen Antworten wird eine dichotome Variable gebildet, wobei nur eine angegebene sichere Wahlteilnahme als voraussichtlich tatsächliche Wahlteilnahme gezählt wird (bzw. die Angabe, schon gewählt zu haben), alle weiteren Antworten werden als „Nichtwahl“ gewertet⁵ (siehe Tab. 11).

TABELLE 11: BEABSICHTIGTE WAHLTEILNAHME 2017

	Fälle		Fälle
werde sicher teilnehmen	712		Wahlteilnahme
habe bereits teilgenommen	9		
werde eher schon teilnehmen	202		
werde eher nicht teilnehmen	36		keine Wahlteilnahme
werde sicher nicht teilnehmen	38		
weiß ich noch nicht	42		
			721
			318

Ungewichtete Fallzahlen

⁵ Die Zuordnung zu den Kategorien erfolgt auf Basis der Antwort zum jeweiligen Interviewzeitpunkt. Es ist denkbar, dass Personen, die sicher wählen gehen wollten, dies dann nicht gemacht haben, oder umgekehrt sich Leute doch noch mobilisieren ließen. Diese Vereinfachung muss für die Auswertung in Kauf genommen werden.

Das Modell zeigt einige der erwarteten Effekte: Die gefühlte Informiertheit und das Interesse an Politik erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme, ebenso die formale Bildung (höhere Bildung = höhere Wahrscheinlichkeit, an der Wahl teilzunehmen). Die Gewerkschaftsmitgliedschaft spielt eine gewisse Rolle, die Mitgliedschaft in einem anderen Verein hat demgegenüber weniger Bedeutung, was aufgrund der inhaltlichen Breite der möglichen Vereinigungen plausibel erscheint.

Sehr gute Deutschkenntnisse erhöhen die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme, mehr verfügbares Geld pro Monat hingegen praktisch nicht. Die Aufforderung, an der Wahl teilzunehmen, führt im vorliegenden Modell zu keinem signifikanten Effekt. Soziodemografisch spielt das Alter eine wichtige Rolle, ältere Personen gehen demnach eher wählen, das gilt auch für Frauen.

TABELLE 12: BINÄRES LOGISTISCHES REGRESSIONSMODELL „WAHLTEILNAHME“

	Wahlteilnahme
Geschlecht (0=Frauen, 1=Männer)	0,654*
Alter (16–84)	1,029***
Bildung (0=keine Matura, 1=Matura und höher)	1,813**
Interesse und Informiertheit (0=sehr interessiert, 10=gar nicht interessiert)	0,652***
Gewerkschaftsmitgliedschaft (0=nein, 1=ja)	1,783*
Vereinsmitgliedschaft (0=nein, 1=ja)	1,163
Deutschkenntnisse (0=Sonstige, 1=sehr gut)	1,586*
verfügbares Geld (1=bis 500 Euro, 7=mehr als 3.000 Euro)	0,988
Aufforderung, wählen zu gehen (0=nein, 1=ja)	1,190
Hintergrund: Deutschland (Referenz)	
Hintergrund: Türkei	1,058
Hintergrund: BKS	1,199
Hintergrund: EU 04/07	0,836
Hintergrund: sonstige Länder	0,776
Konstante	2,501
Pseudo-R ² (Nagelkerke)	0,324
Fälle	1.039

*p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001

Angegeben sind die Odds-Ratio-Werte; Lesebeispiel: Pro Lebensjahr steigt die relative Wahrscheinlichkeit für die Wahlteilnahme um den Faktor 1,029 oder 2,9 Prozent, d. h. ältere Befragte in der Stichprobe gehen eher wählen als jüngere.

Keine nennenswerten Auswirkungen sind im Modell differenziert nach den Herkunftsländern bzw. Hintergründen festzustellen: Die einzelnen Kategorien weichen nicht signifikant von der Referenzkategorie „Deutschland“ ab. Das bedeutet nicht, dass ein unterschiedlicher Migrationshintergrund keine Rolle spielt, es lassen sich im

Gegenteil durchaus große Unterschiede in der entsprechenden Antwort zwischen beispielsweise Befragten aus BKS-Staaten und Deutschland finden. Allerdings wirken sich andere Einflussfaktoren in der Kombination offenbar stärker aus.

6

Fazit

Die Studie „Partizipationsverhalten, Motivlagen und Themenschwerpunkte von Wähler/innen mit Migrationshintergrund bei der Nationalratswahl 2017“ hat sich mit unterschiedlichen Einstellungen zu Politik, Wahlen und Demokratie in Österreich auseinandergesetzt.

Ein eindeutiger Einfluss unterschiedlicher Herkunftsländer bzw. Hintergründe lässt sich – wie schon in den Vorstudien – nicht finden. Das ist insofern plausibel, als die Befragten die österreichische Staatsbürgerschaft für die Wahlberechtigung benötigen und damit in den meisten Fällen schon relativ lange im Land sind. Dies schwächt mitunter eine mögliche Rolle der Herkunft zugunsten anderer – soziodemografischer und weiterer – Variablen. Die vorhandenen Vergleichsdaten mit der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung zeigen kaum auffällige inhaltliche Abweichungen, was ebenfalls für diese Sichtweise spricht.

Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass es keine Unterschiede zwischen den einzelnen Migrationshintergründen gibt, besonders Personen mit BKS-Wurzeln fallen als relativ distanzierter gegenüber dem politischen System in Österreich auf. Die Herkunft ist aber offenbar kein bestimmender Faktor bzw. lässt sich damit kein klares Muster finden.

Die Befragten zeigen Interesse an Politik und sind mit der österreichischen Demokratie zufrieden, wenngleich auch Kritik am politischen System in den Ergebnissen durchaus zu erkennen ist. Vor allem die konkreten Leistungen der Politik und die eigenen – realen – Möglichkeiten, zu partizipieren, werden kritisch gesehen. Ähnliche Einschätzungen finden sich jedoch ebenfalls in gesamtösterreichischen Daten wieder. Eine Abkehr von oder größere Distanz zum politischen Prozess durch Personen mit Migrationshintergrund ist nicht ablesbar.

Die bei der Nationalratswahl 2017 insgesamt gestiegene Wahlbeteiligung lässt sich im Vergleich mit der Vorstudie von 2013 auch in der vorliegenden Erhebung erkennen, die Befragten äußern häufiger eine Wahlabsicht – was rückblickend ebenso auf die Bundespräsidentenwahl 2016 zutrifft. Hier scheint es in den vergangenen Jahren zu einer stärkeren Politisierung bzw. Mobilisierung gekommen zu sein. Eine klar andere, nämlich niedrigere oder höhere, Wahlbeteiligung der Migrant/innen lässt sich auf Basis der Daten nicht vermuten. Wesentlich für die Teilnahme am politischen System sind die formale Bildung, der individuelle Informationsstand und – damit verbunden – die Deutschkenntnisse der Befragten. Für alle drei Punkte lassen sich Einflüsse auf die Wahlabsicht darstellen.

QUELLEN

Bundesministerium für Inneres (BMI): *Nationalratswahl 2017*. Wien 2017, <http://wahl17.bmi.gv.at> (abgerufen am 10.11.2017)

Filzmaier, Peter/Perlot, Flooh/Zandonella, Martina: *Das Wahljahr 2013. Wahlverhalten, Wählerwanderung und neue Parteien*, in: SWS-Rundschau, 2/2014, S. 108–132

Institute for Social Research and Consulting (SORA): *NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich*. Wien 2017, <http://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/schon-43-fuer-starken-mann-776.html> (abgerufen am 10.11.2017)

Institut für Strategieanalysen (ISA)/Institute for Social Research and Consulting (SORA): *Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017 im Auftrag des ORF*. Wien 2017, <http://www.strategieanalysen.at/nrw2017> (abgerufen am 10.11.2017)

Statistik Austria: *Mikrozensus 2016*. Wien 2017, <http://www.statistik.at> (abgerufen am 10.11.2017)

Statistik Austria: *Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Überblick (Jahresdurchschnitt 2016)*, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/033240.html (abgerufen am 17.1.2018)

Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E.: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge/London 1995



Österreichischer Integrationsfonds
März 2018

© Österreichischer Integrationsfonds